

# Inhaltsverzeichnis

## Erstes Kapitel: Allgemeinheit in Recht und Rechtswissenschaft

1

<i>A. Gesetz, Grundrechte und Demokratie</i> . . . . .	3
I. Der Schutz der Freiheit und Gleichheit . . . . .	3
II. Die Idee der verallgemeinernden Regelbildung . . . . .	14
III. Die gegenwärtige Rechtsetzungspraxis . . . . .	20
IV. Gesetz und Recht . . . . .	23
<i>B. Verallgemeinerung als Kategorie wissenschaftlichen Denkens</i> . . . . .	28
<i>C. Spezialität und Freiheit</i> . . . . .	33
<i>D. Allgemeinheit und Gerechtigkeit</i> . . . . .	35

## Zweites Kapitel: Das allgemeine Gesetz

37

<i>A. Gesetzgebungswirklichkeit</i> . . . . .	39
I. Schwer überblickbares Recht . . . . .	39
II. Neue Anforderungen an das Recht. . . . .	47
III. Parzellierendes Wissen. . . . .	50
IV. Entscheidungsmacht nichtparlamentarischer Entscheidungsträger . . . . .	55
V. Koordinationsauftrag . . . . .	57
1. Demokratiedefizit und Koordination der Rechtsquellen . . .	57
2. Der Einfluss des Europarechts. . . . .	59
3. Abstimmungsprobleme. . . . .	61
VI. Die Frage nach dem Gesetz . . . . .	64
<i>B. Die Idee des Gesetzes</i> . . . . .	67
I. Rechtstradition und normative Forderung . . . . .	67
II. Allgemeinheit als Wesensmerkmal des Gesetzes . . . . .	69

1. „Römische Aufklärung“ – Gesetzgebung als weltliche Setzung allgemeiner Regeln . . . . .	69
a) Das allen zugängliche, das gegenständliche und verständliche Recht . . . . .	71
b) Abstraktionsanspruch. . . . .	74
c) Das festgeschriebene Gesetz und seine Deutung. . . . .	77
d) Rationale Kraft der Gesetzgebungspraxis. . . . .	78
2. Das allen dienende Gesetz . . . . .	78
3. Erste Lehre der Allgemeinheit des Gesetzes . . . . .	82
4. Schriftliche, dauerhafte, gemeinschaftsichernde Gesetze. . .	84
5. Rechtsquellen und römische Allgemeinheitslehren . . . . .	87
a) Die prägende Kraft des Gesetzgebers, Gesetz als Akt des Wollens. . . . .	88
b) Römische Lehren zur Gesetzesallgemeinheit. . . . .	89
c) Gewaltenteilung und allgemeines Gesetz . . . . .	91
6. Kodifikationen und „kluges Gesetz“ . . . . .	93
III. Allgemeinheit als Ausrichtung auf das gemeine Wohl . . . . .	95
1. Weltliche und transzendentale Gesetze, funktionales Gesetzesverständnis . . . . .	95
a) Gewohnheitsrecht . . . . .	95
b) Rechtszersplitterung . . . . .	96
c) Aufspüren hergebrachten Rechts und Sicherheit des schriftlichen Rechts . . . . .	97
d) Funktionales Gesetzesverständnis und Gewaltenteilung	100
2. Kraft des schriftlichen, verständlichen, territorial allgemeinen Gesetzes . . . . .	101
a) Schriftlichkeit und territoriale Allgemeinheit . . . . .	101
b) Verständlichkeit der Rechtssprache . . . . .	103
3. Verbindlichkeit und Koordination des Rechts . . . . .	104
4. Erweiterung der Lehre vom allgemeinen Gesetz . . . . .	105
a) Die Notwendigkeit des weltlichen, des zurückhaltenden Gesetzes . . . . .	105
b) Das allgemeine Gesetz dient dem gemeinen Wohl . . . . .	108
c) Notwendige Normierung des Regelfalls . . . . .	109
d) Gemeinwohlbezug und Allgemeinheit des Gesetzes. . . . .	111
5. Die Allgemeinheit des Gesetzgebers . . . . .	111
IV. Allgemeinheit als Sicherung der Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	114
1. Konstitutionalisierung: Rechtsförmlichkeit, Vertrauenschutz, Rechtssicherheit . . . . .	114
2. Freiheitsicherung als zentrales Ziel des allgemeinen Gesetzes . . . . .	116

3. Das auf die „Natur der Dinge“ bezogene Gesetz . . . . .	119
4. Allgemeinheit des Gesetzes und des Gesetzgebers . . . . .	121
5. Volkssouveränität, Mehrheitswille, Grundrechte und Allgemeinheit des Gesetzes . . . . .	125
a) Epochewende . . . . .	125
b) Ein Allgemeinheitspostulat wird geltendes Recht . . . . .	129
6. Der „Geist der Freiheit“ des allgemeinen Gesetzes . . . . .	136
7. Individuelle Freiheit und Gemeinschaft . . . . .	140
V. Allgemeinheit als Fundament des Friedens und der Demokratie . . . . .	143
1. Ringen um Demokratie und Freiheit . . . . .	143
2. Konstitutionalisierung und große Kodifikationen . . . . .	147
3. Rechtsetzungslehren . . . . .	149
4. Steuerungskraft des Gesetzes und Demokratie . . . . .	152
5. Verantwortung des Parlaments . . . . .	155
6. Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechte . . . . .	158
VI. Bedeutungsvielfalt und Struktur des allgemeinen Gesetzes . . . . .	160
1. Sprachliche Allgemeinheit . . . . .	161
2. Temporale Allgemeinheit . . . . .	162
3. Territoriale Allgemeinheit . . . . .	164
4. Personale Allgemeinheit . . . . .	165
5. Gegenständliche Allgemeinheit . . . . .	167
6. Finale Allgemeinheit . . . . .	168
7. Instrumentelle Allgemeinheit . . . . .	170
8. Eigenständigkeit und Zusammenwirken der Merkmale . . . . .	172
C. <i>Grundgesetz und allgemeines Gesetz</i> . . . . .	174
I. Zentrum der Demokratie und des Rechtsstaats . . . . .	174
1. Fundament der rechtsstaatlichen Demokratie und „inhaltsleerer“ Gesetzesbegriff . . . . .	174
2. Differenzierende Verfassungsforderungen und Justiziabilität . . . . .	180
3. Das prägende Wort des Parlaments . . . . .	186
4. Klugheitsregel, Verfassungsauftrag, justizierbarer Maßstab . . . . .	190
II. Die Allgemeinheit grundrechtsbeeinträchtigender Gesetze . . . . .	196
1. Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG – vernachlässigter Garant der Freiheit . . . . .	196
a) Die „besondere Bedeutung“ des Allgemeinheitspostulats . . . . .	197
b) Der bisher verkannte „wahre Eckstein des Rechtsstaats“ . . . . .	200
c) Freiheitschonender Schutzwall – sich ergänzende Elemente des Menschenrechtsschutzes . . . . .	202
d) Gesetzesallgemeinheit und Verbot des Einzelfallgesetzes . . . . .	207
e) Anwendungsbereich . . . . .	211

f) Differenzierte Allgemeinheitsforderung . . . . .	215
aa) Kodifikationen und Ausnahmeregelungen. . . . .	215
bb) Gesetzesgeprägte Verallgemeinerung und differenzierende Justitiabilität . . . . .	216
cc) Der schmale Grat . . . . .	221
g) Gesetzesallgemeinheit und Verhältnismäßigkeit . . . . .	224
h) Legalenteignungen – das Beispiel Stendal . . . . .	227
i) Allgemeinheit und Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	232
aa) Weite und Enge der Regelungsaufträge. . . . .	234
bb) Verbot des Einzelfallgesetzes . . . . .	236
cc) Wechselseitiges Ergänzungsverhältnis . . . . .	236
j) Institutionelle Unterschiede . . . . .	237
2. Das Allgemeinheitspostulat des Art. 5 Abs. 2 GG. . . . .	238
a) Spezielles und allgemeines Allgemeinheitspostulat . . . . .	238
b) Die Wechselwirkungslehre und ihre Erweiterung . . . . .	240
c) Notwendige Allgemeinheit der Wechselwirkung . . . . .	241
3. Zitiergebot. . . . .	242
4. Wesentlichkeitslehre . . . . .	245
a) „Inhaltsleere“ Selbstverständlichkeit im demokratischen Rechtsstaat? . . . . .	245
b) Beschränkung der gesetzgeberischen Tätigkeit auf das Grundlegende . . . . .	246
c) Bereiche der anderen Gewalten. . . . .	248
d) Grundrechtliche Bestätigung der Gesetzesallgemeinheit	250
5. Grundrechtliche Gesetzesvorbehalte und Allgemeinheitsforderungen . . . . .	251
6. Allgemeiner Gesetzesbegriff und grundgesetzliche Allgemeinheit . . . . .	254
7. Gemeinschaft- und struktursichernde Kraft des Gesetzes . .	256
III. Das Gesetz als Quelle der Demokratie . . . . .	258
1. Element des Menschenrechtsschutzes und Stütze der Demokratie . . . . .	258
a) Parlamentarische Entscheidung und allgemeines Gesetz .	258
b) Wirkung der Gesetze, Koordination des Rechts . . . . .	260
2. Demokratische Mitbestimmung, nicht Fremdbestimmung .	265
3. Legitimationsniveau – selbstreferentielle Gemeinwohlorientierung . . . . .	267
4. Republik – parlamentarische und individuelle Gemeinwohlverwirklichung . . . . .	271
5. Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG: „Vertreter des ganzen Volkes“ . .	274
a) Repräsentation durch jeden einzelnen und die Gesamtheit der Abgeordneten. . . . .	274

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
b) „Persönlichkeit, Erfahrung und Gewissen“ . . . . .	277
c) Die Gesamtheit und der einzelne Abgeordnete. . . . .	278
d) Der demokratische Gedanke der temporalen Allgemeinheit . . . . .	279
e) Sprachliche, instrumentelle und finale Allgemeinheit . . .	279
6. Allgemeine, freie und gleiche Wahl . . . . .	280
7. Gesetzgebungsauftag des Parlaments . . . . .	282
a) Unerfüllbare Allgemeinheitsforderungen? . . . . .	282
b) Unterschiedliche Gesetzgebungsauftäge . . . . .	284
c) Allgemeinheit der Rechtsverordnungen und Satzungen. .	288
d) Diener der Demokratie . . . . .	291
8. Entmachtung und Auftrag . . . . .	291
a) Gehemmte Demokratie . . . . .	291
b) Institutionelle Chance. . . . .	292
c) Einfluss des Parlaments . . . . .	294
d) Entmachtung und Entrechtlichung . . . . .	296
9. Individuelle Freiheit und parlamentarische Demokratie . .	297
IV. Das Gesetz im System der Gewaltenteilung. . . . .	298
1. Der Auftrag der Gewaltenteilung . . . . .	298
2. Primat des Gesetzes und Balance der Gewalten . . . . .	299
3. Die drei Gewalten. . . . .	301
a) Die klassischen Funktionen . . . . .	301
b) Allgemeinheitserwartung der Rechtsschutzgarantie. . . .	302
c) Gewaltenteilender Gesetzesbegriff . . . . .	304
4. Funktionsgerechte Gesetzgebung . . . . .	307
a) Die Zusammensetzung des Bundestags . . . . .	308
b) Gesetzgebungsverfahren . . . . .	310
c) Der Koordinationsauftrag . . . . .	313
5. Individuelle Freiheit und parlamentarische Demokratie . .	315
V. Rechtsstaatliche Forderungen an das Gesetz . . . . .	315
1. Freiheitsichernder Zusammenklang der Strukturprinzipien	315
2. Verständliche und „berechenbare“ Gesetze . . . . .	316
a) Sprachliche und instrumentelle Allgemeinheit – Maß der Verallgemeinerung . . . . .	316
b) Begründung von Gesetzen . . . . .	319
3. Widerspruchsfreiheit und Folgerichtigkeit . . . . .	321
a) „Normwahrheit“ . . . . .	321
b) Differenzierung nach Regelungsbereichen und Eingriffs- intensität . . . . .	323
c) Strukturverantwortung des Parlaments und justitiable Kernforderungen . . . . .	325
4. Kontinuität und Verlässlichkeit . . . . .	327

a)	Parlamentarische Gestaltung und Beständigkeit . . . . .	327
b)	Vertrauensschutz. . . . .	328
c)	Kontinuitätsgewähr . . . . .	329
5.	Bestimmtheit und Verallgemeinerung . . . . .	330
a)	Zusammenwirken der Strukturentscheidungen . . . . .	330
b)	Präzision, nicht Konkretheit – Ausrichtung auf das Ganze. . . . .	333
6.	Vorrang des Gesetzes. . . . .	335
a)	Vorrang der Verfassung . . . . .	336
b)	Klare Auslegungsregeln. . . . .	337
c)	Recht und Gesetz . . . . .	339
7.	Freiheitlicher sozialer Rechtsstaat. . . . .	340
VI.	Grundrechtsergänzender Schutz der Freiheit . . . . .	343
1.	Garant der Freiheit und der prägenden Kraft des Parlaments	343
2.	Notwendige Ergänzung des Grundrechtsschutzes . . . . .	345
a)	Voraussehender Schutz der Freiheit . . . . .	345
b)	Komplizierte Gesetze . . . . .	346
c)	Kumulierende Gesetzesfolgen . . . . .	348
d)	Künftige gesetzliche Wirkungen. . . . .	351
e)	Breitenwirkung und grundrechtliche Zumutbarkeits- prüfung . . . . .	352
f)	Schutz vor übermäßiger Verrechtlichung und Individua- lisierung. . . . .	352
3.	Ausgangspunkt der Rechtsanwendung und Verhältnis- mäßigkeitssprüfung . . . . .	353
a)	Maß der Grundrechtsprüfung . . . . .	353
b)	Freiheitsgerechte Orientierung am Regelfall – kein Denken vom Ausnahmefall. . . . .	355
4.	Freiheitliche Ausrichtung des Staats . . . . .	356
5.	Gemeinschaftstiftende Kraft der Gesellschaft. . . . .	360
VII.	Garant der Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	362
1.	Geltungsbedingung der Rechtsordnung . . . . .	362
2.	Gleichheitsgerechte allgemeine Gesetzgebung. . . . .	363
a)	Differenzierungsauftrag . . . . .	363
b)	Gesetzliche Differenzierungsverbote und Unter- scheidungsgebote . . . . .	364
c)	„Bereichsspezifische“ Regelbildung . . . . .	365
d)	Sich ergänzende Elemente des Menschenrechtsschutzes. .	367
3.	Gleichheit im Regelungsbereich . . . . .	368
a)	Bezugspunkt der Allgemeinheit und Gleichheit . . . . .	368
b)	Differenzierungsauftrag und Kooperationsgebot . . . . .	369
4.	Ergänzung des grundrechtlichen Gleichheitsschutzes . . . . .	373

a) Voraussehender Gleichheitsschutz . . . . .	373
b) Gleichheit in der Zeit . . . . .	373
c) Finale und instrumentelle Allgemeinheit . . . . .	375
5. Gegenseitigkeit und Allseitigkeit . . . . .	376
VIII. Das Allgemeinheitspostulat des Grundgesetzes . . . . .	377
1. Verfassungsrechtlicher Dreiklang . . . . .	377
2. Maß der Verfassungsbindung . . . . .	378
a) Justitiable Kerngehalte . . . . .	378
b) Verbindlicher, aber nicht justitierbarer Verallgemeinerungsauftrag . . . . .	379
c) Verfassungsrechtliche Klugheitsregeln . . . . .	382
3. Individuelle Freiheit und parlamentarischer Gestaltungsräum . . . . .	384
D. Allgemeinheitsgedanke im europäischen Recht . . . . .	386
I. „Vereinfachungskultur“ europäischer Rechtsetzung . . . . .	386
1. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts . . . . .	386
2. Allgemeine Richtlinien und Verordnungen . . . . .	390
3. Strukturgebende Grundsätze des Europarechts . . . . .	394
II. Allgemeine Geltung der Verordnung . . . . .	398
1. Ausdrückliche Allgemeinheitsforderung . . . . .	398
2. Einzelfallverordnungen . . . . .	400
3. Allgemeines Verordnungsrecht für 27 Mitgliedstaaten . . . . .	402
a) Geltung in jedem Mitgliedstaat – territoriale Allgemeinheit . . . . .	402
b) Umfassende Verbindlichkeit der Verordnung . . . . .	403
c) Unmittelbare Wirkung und Verhältnismäßigkeit . . . . .	405
d) Allgemeine Geltung – die klassischen Allgemeinheitspostulate . . . . .	408
4. Anspruch des Europarechts . . . . .	410
III. Allgemeinheit der Richtlinien . . . . .	411
1. Allgemeine und individuelle Richtlinien . . . . .	411
2. Die Unterscheidung der Rechtsakte . . . . .	412
3. Instrument zur Sicherung der Konsistenz des Rechts . . . . .	414
4. Immanente Allgemeinheitsforderungen . . . . .	417
5. Unmittelbare Geltung der Richtlinie . . . . .	419
6. Drängender Koordinationsauftrag und institutionelle Beratung . . . . .	420
IV. Demokratische Erwartungen an das Sekundärrecht . . . . .	421
1. Die aktuelle Frage nach der europäischen Demokratie . . . . .	421
2. Konkretisierungsansätze . . . . .	429
3. Europäische Demokratie und allgemeine Rechtssätze . . . . .	434

a) Sprachliche und instrumentelle Grundforderungen . . . . .	434
b) Wachsendes Demokratiedefizit durch die Rechtsetzungs- praxis . . . . .	435
c) Der Einfluss der Kommission . . . . .	437
d) Demokratische Zurückhaltung – finale Allgemeinheit . .	439
e) Tendenz der Entmachtung und Entrechtlichung . . . . .	440
f) Europäische Repräsentation und Gemeinwohl . . . . .	440
g) Sachliche demokratische Legitimation durch das Primär- recht . . . . .	441
4. Die intensivierte Kraft der primärrechtlichen Allgemein- heitsforderungen . . . . .	444
V. Begrenzte Einzelmächtigung und Subsidiarität . . . . .	444
1. Kompetenz und Verallgemeinerung . . . . .	445
2. Das erste Regelungsinstrument der Union . . . . .	447
3. Weite und Nähe des Rechts . . . . .	448
VI. Unmittelbare individualrechtliche Allgemeinheitsforderungen	453
1. Die verallgemeinernde Kraft der Grundfreiheiten . . . . .	453
2. Personale Allgemeinheit der Diskriminierungsverbote . .	458
3. Gleichheit vor dem Gesetz und Diskriminierungsverbote .	460
4. Justitiable Kernforderungen der vier klassischen Allgemein- heitspostulate . . . . .	464
VII. Rechtsstaatliche Forderungen an die Rechtsetzung . . . . .	466
1. „Institutionelles Gleichgewicht“ und mitgliedstaatlicher Vollzug . . . . .	466
2. Verantwortungszurechnung . . . . .	468
3. Klares, verständliches und konsistentes Sekundärrecht . .	470
VIII. Europäischer Grundrechtsschutz . . . . .	473
1. Gemeinsamer Schutz der Freiheit und Gleichheit . . . . .	473
2. Freiheitsgefährdender Freienschutz . . . . .	476
a) Der Einfluss der Grundfreiheiten . . . . .	477
b) Weite Deutung der Diskriminierungsverbote . . . . .	478
c) Das Maß des Grundrechtsschutzes . . . . .	482
3. Der gemäßigte europäische Grundrechtsschutz . . . . .	485
4. Das zentrale Element des europäischen Menschenrechts- schutzes . . . . .	486
IX. Aktueller Koordinationsauftrag und ‚Geist des Europarechts‘	489

Drittes Kapitel  
Drei exemplarische Rechtsfragen  
493

<i>A. Prävention, Gemeinlast, Vorgriff in die Zukunft . . . . .</i>	<i>495</i>
<i>B. Polizeiliche Generalklauseln – Bestimmtheit der Allgemeinheit . . . . .</i>	<i>498</i>
I. Sicherheit und legitime öffentliche Gewalt . . . . .	498
II. Das auf allgemeine Regelungen angelegte Polizeirecht . . . . .	501
1. Grundgesetzliche Forderung nach speziellen Polizeigesetzen? . . . . .	501
2. Grenzen der Spezialermächtigungen . . . . .	504
3. Grundrechtliche Balance und allgemeines Gesetz . . . . .	508
4. Neue Gefahrenlagen – demokratische und gewaltenteilende Gesetzesallgemeinheit . . . . .	512
5. Der notwendige Rückgriff auf die Generalklausel . . . . .	515
6. Rechtsgrundlage für rasche polizeiliche Tätigkeit . . . . .	517
7. Unterschiedliche Gesetzgebungskompetenzen und Koordinationsauftrag . . . . .	517
8. Die spezifische polizeirechtliche Allgemeinheitsforderung .	523
9. Gesetzesallgemeinheit und Vollzugsallgemeinheit . . . . .	524
III. Allgemeinheit und Individualität . . . . .	527
<i>C. Steuerlasten – grundrechtsergänzende Allgemeinheit . . . . .</i>	<i>529</i>
I. Allgemeinheit von Lasten und Leistungen . . . . .	529
II. Die Gemeinlast der Steuer . . . . .	530
1. Der grundsätzliche Vorrang der Steuer vor anderen Abgaben . . . . .	530
2. Schwächen des grundrechtlichen Schutzes vor Steuern . . .	532
a) Gleichheit vor dem Steuergesetz . . . . .	533
b) Freiheitsrechtlicher Schutz vor Steuerlasten . . . . .	535
c) Grundrechtsschutz und Allgemeinheit des Gesetzes .	536
3. Der Gesetzgeber setzt den Grundrechtsschutz ins Werk – das Maß des allgemeinen Steuergesetzes . . . . .	538
4. Regelungsauftrag, gesetzliche Allgemeinheit, Verwaltungspraxis . . . . .	542
5. Atypische Sachverhalte . . . . .	545
6. Das dauerhafte Steuergesetz . . . . .	546
7. Der allgemeine Belastungsgrund . . . . .	546
III. Die aktuelle Reform des Unternehmenssteuerrechts . . . . .	548
1. Der Auftrag der allgemeinen Besteuerung . . . . .	548
2. Das Einkommen . . . . .	548
a) Der allgemeine Gegenstand der Besteuerung . . . . .	548

b) Die fehlende gegenständliche Allgemeinheit des Reformgesetzes . . . . .	551
3. Das Steuersubjekt . . . . .	552
a) Bezugspunkt der personalen Allgemeinheit . . . . .	552
b) Trennungsprinzip und Transparenzprinzip . . . . .	555
c) Allgemeinheitsforderungen . . . . .	556
d) Nachbelastung . . . . .	559
e) Steuerrechtliche Lenkung . . . . .	560
4. Unausweichlichkeit des Steuerrechts – der Dreiklang des Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG . . . . .	561
a) Zinsschranke und „Betrieb“ . . . . .	561
b) Gewerbesteuer . . . . .	563
c) Außensteuerrecht . . . . .	564
IV. Gesetzesallgemeinheit und Steuergestaltung . . . . .	567
<i>D. Staatsverschuldung – Allgemeinheit in der Zeit . . . . .</i>	569
I. Beständigkeit und Rechtsvertrauen . . . . .	569
II. Der dauerhafte Finanzbedarf des Staats . . . . .	573
1. Unumgehbarkeit der finanzverfassungsrechtlichen Vorgaben . . . . .	573
a) Art. 115 Abs. 1 GG a.F. – wirkungslose „Schuldenbremse“ . . . . .	574
b) Das Anliegen der instrumentellen Allgemeinheit . . . . .	577
c) Die Neuregelung des Art. 115 GG . . . . .	578
2. Die Begriffe des Rechts . . . . .	579
3. Die prägende Kraft der finalen Allgemeinheit . . . . .	582
a) Vage Zwecke, die grundlegenderen Zielen dienen . . . . .	583
b) Vollständigkeit der Gesetzgebungsziele und Zweckwidmung . . . . .	585
c) Maßstabprägende Kraft der Gesetzesallgemeinheit . . . . .	588
4. Die neue „Schuldenbremse“ – Art. 115 Abs. 2 GG n.F. . . . .	589
a) Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben . . . . .	589
b) Konjunkturbedingte Schulden . . . . .	590
c) Rückführungspflicht . . . . .	593
d) Die fehlende gegenständliche Allgemeinheit . . . . .	593
e) Ausgleichskonto und Stabilitätsrat . . . . .	595
f) Kreditaufnahme in Notsituationen . . . . .	597
g) Allgemeinheitsorientierte Auslegung . . . . .	598
h) Die Allgemeinheit der Ausführungsgesetze . . . . .	599
5. Notwendige Ergänzung des Grundrechtsschutzes . . . . .	601
III. Ausrichtung auf die Gemeinschaft . . . . .	603

Viertes Kapitel	
Der Schutz des allgemeinen Gesetzes – Zusammenfassung	
605	
A. <i>Die Elemente des Schutzes der Freiheit und Gleichheit</i> . . . . .	607
B. <i>Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaat</i> . . . . .	614
C. <i>Recht aus unterschiedlichen Quellen</i> . . . . .	627
D. <i>Zukunftsbezogene Allgemeinheit</i> . . . . .	636
Literaturverzeichnis . . . . .	641
Register . . . . .	709